

Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungs-WAHN !

Am Samstag, den 22.09.07 war auch @lptraum mit nach Berlin, gereist, um bei der Demo gegen einen Überwachungs-Staat Flagge zu zeigen, Zeichen zu setzen.

Sehr kreativ, viele Teilnehmer haben mit Transparenten und Parolen ihren Unmut über Schnüffler wie Schäuble und Konsorten Ausdruck gegeben. Mit dem Bewusstsein, unsere Bürger-Freiheiten müssen stets neu gegenüber Staatswillkür verteidigt werden, hatte sich ein großer Block junger Menschen fest zusammengeschlossen, widersetzte sich der Provokation durch den Überfall und die Einkesselung der verummten und gepanzerten Polizeihorden, die ausgerechnet und somit provokativ bei einer Demo gegen einen Schnüffelstaat Taschendurchsuchungen im Demozug vornehmen wollten. Es gefiel der Polizei-Führung offensichtlich nicht, dass sich die jungen Leute im vorderen Teil der Demo einreihen wollten. Immer wieder zu beobachtende Taktik der Polizei ist es, Gruppen zu isolieren, den stets selbstbewusst auftretenden so genannten schwarzen Block auszugrenzen, aus der Demo heraus zu prügeln. Diese Absicht, bereits den



Gesinnungsschnüffler sind leider nicht immer so leicht erkennbar ?

Demozug unmittelbar nach dem Start vom Brandenburger Tor Höhe Hotel Adlon auseinander zu bringen, gelang der Polizei nicht. Vielmehr wurde die polizeiliche Einkesselung von beherzten Bürgern eingekesselt. Die Polizei zog nach einem unnötigen Gerangel ab, begleitete ihren Rückzug unter Einsatz von Pfefferspray. Im Anfang waren schließlich auch viel an so genannter Prominenz mit im Zug der Demo, auch PolitikerInnen, die in der Hauptstadt regierungsbeteiligt sind. Erst als diese nach der Schlusskundgebung nicht mehr mit zurück zum Brandenburger Tor marschierten, startete die Polizei weitere Angriffe auf Demobeteiligte. Diesmal unter dem Vorwand, Seiten-

transparente seien zu lang. Die selben Transparente, die auf dem Hinweg zum Alexanderplatz noch zu keiner Beanstandung führten.

Polizeiliches Einschreiten wegen Lapalien, um Demonstranten angreifen zu können ? In Berlin sind bestimmte Hundertschaften der Polizei bekannt, die sich immer wieder mit überzogenen Angriffen gerade auf jugendliche Teilnehmer stürzen, das Recht auf freie Versammlung und Meinungsfreiheit beschneiden, ohne Anlass auf Demonstranten einprügeln, festsetzen und dann auch noch behaupten, von Demonstranten verletzt worden zu sein. Ein unhaltbarer Zustand. Jeder einzelne der beteiligten Polizeibeamten und Beamtinnen hat die Pflicht, die grundgesetzlich verbürgte Meinungsfreiheit zu schützen. Stattdessen wird auf Befehl eines Einsatzleiters gemeinschaftlich geprügelt, werden Anzeigen zu Widerstand gegen Vollzugsbeamte gestellt, zu denen dann die Polizisten kollektiv gegen Beschuldigte aussagen ? In Hannover sind am 05.02.07 vier Personen bei der Beschlagnahme einer Lautsprecheranlage festgesetzt und beschuldigt worden, die als "Raubritter" auftretenden Polizisten verletzt zu haben. Siehe auch Seite 4

Gesetzesbrecher

Bundesinnenminister Schäuble fordert Verbrechen:

Einbruch in die Privatsphäre, Online-Schnüffelei durch Trojaner

weg mit Schäuble !

Gesetzesbrecher

Bundesarbeitsminister Münteferings Verbrechen:

Wer nicht arbeitet soll nicht essen ? Arbeitsplatzverlust = Verhungern ?

weg mit Müntefering !

Gesetzesbrecher

Bundesverteidigungsminister Jung plant ein Verbrechen:

Er ist bereit zu befehlen, Zivilflugzeuge abzuschießen ?

weg mit Jung !

Direkt oder indirekt betroffen ? - Erwerbslos ? - ALG-II- oder Sozialgeldempfänger ?

Zu Risiken und Nebenwirkungen empfehlen wir den solidarischen Zusammenschluss, Aufnahme des Kampfes in Gruppen, in denen sich Gleichgesinnte bereits zusammengeschlossen haben. **Kontakte siehe letzte Seite**

@lptraum - eine kostenlose Zeitung der Projektgruppe gegen die Agenda 2010

Wir treffen uns z.B. jeden Montag 18.00 Uhr bei der Montagskundgebung am Schillerdenkmal.

MitstreiterInnen sind herzlich willkommen !

www.alptraum.org - info@gegen-sozialabbau.de

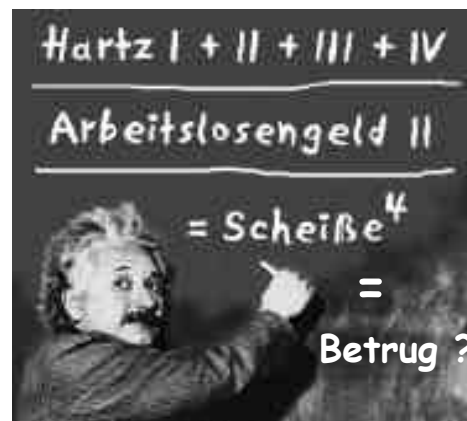


GEZ - In Deutschland wird mächtig ab-GEZ-ockt.

Der GEZ, der Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist scheinbar ein jedes Mittel Recht, damit auch von der Gebühr befreite Bürger abGEZockt werden. Viele Menschen fragen sich bereits, wieso der bundesrepublikanische Mensch qua Geburt Zwangsmitglied und Melkkuh für ein Medium ist, dass für immer schlechtere Leistungen immer höhere Rundfunkgebühren verlangt, per Gesetz verlangen darf. Überall Geschrei nach Privatisierung. Die Qualität der Öffentlichen nähert sich oder unterbietet gar die der privaten Rundfunk- und Fernsehsender. Auch im Bereich Einnahmen durch Werbung stehen die Öffentlichen den Privaten in nichts nach. Heute 51,09 Euro für ein Quartal, 204,36 Euro im Jahr? Derartige Belastungen für Sozial Schwache war in den Jahren vor Hartz IV den Sozialämtern Anlass genug, unverzüglich bei Antragstellung eine 2jährige Befreiung im Namen der Landesrundfunkanstalt auszustellen. Hartz IV versprach Entbürokratisierung, Zusammenlegung der Zuständigkeiten der Behörden für Hilfe zum Lebensunterhalt und Erwerbslosenhilfe. Während man bis Dezember 2004 in

Hannover in einer Behörde in der Spichernstraße lediglich Bedürftigkeit nachweisen musste bzw. im dortigen Computer feststellen konnte, sind durch die "Reformen" neue Bürokratismen geschaffen worden. Erschwernisse und Verschiebung der Kosten zum Nachweis der Bedürftigkeit auf die Kommunen. Der Bescheid der ARGE bzw. des Grundsicherungsamtes muss im Original der GEZ offenbart werden. Ersatzweise eine beglaubigte Kopie des Leistungsbescheides, die bis vor kurzem vom zuständigen Ordnungsamt erstellt wurde. Verständlich, dass die Kommunen nicht Kopierkosten und Beglaubigung bezahlen möchten. Die Prozedur der "Befreiung" muss alle 3 Monate erneuert werden, wofür ein Wahnwitz an Bürokratie. Die GEZ verlangt alle 3 Monate einen neuen Antrag, eine neue Beglaubigung des Leistungsbescheides. Geld scheint keine Rolle zu spielen, Bedürftige werden mit Papier und Texten beglückt, Portokosten scheinen keine Rolle zu spielen. Zu vermuten ist, dass aus Hilflosigkeit eines Teiles der Berechtigten diese Flut von Formularen und Anforderungen gar nicht verstehen soll. Unmittelbar nach einer wie auch immer

entstandenen Verzögerung von seiten der Antragsteller geht die GEZ zur Attacke über, fordert mittels eines Kostenbescheides die Zahlung von derzeit 51,09 Euro, legt einen Überweisungs/Zahlungsschein sowie einen Einzugsermächtigungsvordruck bei, um dennoch die eigentlich von den Gebühren zu befreienden Menschen einzuschüchtern, abzuzocken? Wer braucht die GEZ? Wir nicht! (Alp)



@lptraum-Mitarbeiter Einstein mahnt im Oktober:

"Wichtig ist, dass wir niemals aufhören, Fragen zu stellen."
(Albert Einstein 1879-1955)

Öffentlicher Nahverkehr Hannover: Sozial-Tickets sind zugesagt !

Eine klare Aussage von Frau Klawunde, der Regionsfraktion der Grünen: Wir wollen Gerechtigkeit, Mobilität sei ein auch aus ihrer Sicht Grundrecht. Eine neue Tarifstruktur mit einer 2-Zonen-Monatskarte sei mit der **üstra** besprochen. Zum Regionshaushalt 2008 würde bereits ein Betrag eingestellt. Details werden noch verhandelt.

Wir unterstützen die Erklärung des Sozialbündnis Hannover und treten für die Schaffung eines SozialTickets für Hannover ein:

DGB-Region Niedersachsen-Mitte, Ev.-luth.Industriefarramt (KDA), Redaktion Alptraum, Ev.-luth.Stadtkirchenverband Hannover, Arbeitslosen Zentrum Hannover (ALZ), ver.di Ortserwerbslosenausschuss Region Hannover, Arbeitskreis Arbeitslose Linden, IG Metall Erwerbslose Hannover, Kulturzentrum Pavillon (BI Raschplatz e.V.), Kabarettist Dietrich Kittner (KKK), Prof. Dr. Peter Grottian (FU Berlin), Arbeitskreis "Recht auf Mobilität" Berlin, Werkstatt Süd, DROP IN - FixPunkt (Step), VVN / Bund der Antifaschisten e.V. Hannover, AStA Uni-Hannover, Leibniz Universität Hannover, Friedensbüro Hannover e.V., Diakonisches Werk Hannover, attac Hannover, Bündnis für Soziale Gerechtigkeit (BSG), Das Linksbündnis.Region Hannover, Die Linke.PDS Region Hannover, DKP Kreisvorstand Hannover, WASG Ortsverband Lehrte, Linksruck Hannover, Hannoversches Frauenbündnis, Bürgerinitiative Gartenhaus e.V., Sozialistisches Café Hannover, Türk.Kiosk Leinaustr.16, AllerWeltsLaden Linden, Marxistisch-Leninistische Partei (MLPD) Hannover, Arbeits- und Sozialberatungs-Gesellschaft e.V. (ASG), Bündnis Montagsdemo Hannover, Interkulturhaus Kargah e.V., Sozialinitiative Linden-Limmer e.V. (S.I.L.L.), Projektgruppe "Agenda-2010-kippen", Erwerbsloseninitiative Hannover-Nordstadt, Querkunst Hannover e.V., IG Metall-Erwerbslose Wolfsburg, Initiative Offenes Mikrophon Hannover, Prof. Rainer Roth (AG TuWas Frankfurt/M.), Bündnis Zukunft Hannover, Africa-Forum Hannover, Pogo-Partei Nds. (POP), radio flora - Hannovers Regionalsender

Kontakt: SozialTicket-Initiative Hannover, c/o KDA Industriefarramt, DGB Hannover, Redaktion @lptraum.

Impressum: "ALP-Traum" ist ein kostenloses Arbeitslosen-Zeitungsprojekt der Projektgruppe "Agenda 2010 kippen" Hannover
Beiträge: Erwin Stefaniuk (ErSt), Tel. 45 66 13, Heinz-Dieter Grube (HaDe), Tel. 34 21 21, mobil 0151 / 16 56 24 31
@lptraum-Redaktion (Alp) - Fotos / Beiträge / Gastbeiträge: Dolf Mielenhausen (DoMi), Tel. 16 22 361
Druck im Selbstverlag, verantwortlicher Redakteur: Heinz-Dieter Grube, Schützenstr. 12, 30161 Hannover
www.alptraum.org, Tel. 0511 / 34 21 21, Fax 0511 / 34 23 23, Email: info@gegen-sozialabbau.de
@lptraum erscheint monatlich, Auflage: 400 - 2500, ist frei von gewerblichen Anzeigen und Werbung
Spendenkonto: H.- D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg
Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.
Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.
Bei Spendeneinzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papierausgaben Alptraum, bitte per Email Hinweis geben. Danke.

DB-Preiserhöhung ab 9. Dezember 2007 in der 2. Klasse um 2,9 Prozent !!



Wer hilft in Hannover den Hartz-IV-Betroffenen ?

ASG, Walter-Ballhause-Str. 4	Termin vereinbaren, 44 24 21
ALZ, An der Christuskirche 15	Termin vereinbaren, 167 686-0
IG Metall, Postkamp 12	Termin vereinbaren, 124 02-45
ver.di, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 12 400-0
SoVD, Herschelstr. 31	Termin vereinbaren, 70 14 8-21
SVdK, Rote Reihe 15	Termin vereinbaren, 1 31 72 20
pro familia, Goseriende 10	Termin vereinbaren, 36 36 06
[ka:punkt], Gruppenstraße 8	Termin vereinbaren, 27 07 39-0
Hannoversche Linke, Viktoriastraße 42	Termin vereinbaren, 300 69 00

Zu Risiken und Nebenwirkungen: Erwerbsloseninitiativen befragen!
Die "freien" Beratungsstellen sind finanziell und politisch unter Druck gesetzt, erheben Gebühren. Sie sind oft sogar selbst die Träger von 1-Euro-Job-Zwangseinrichtungen!

@lptrraum-Info: Ab 9. Dezember kosten DB-Tickets rund 3 Prozent mehr!

Die Deutsche Bahn AG hebt zum 9. Dezember 2007 den Preis für das Niedersachsen-Ticket um einen Euro auf dann 27 Euro an. Neu eingeführt wird das Niedersachsen-Ticket Nacht zu Preisen ab 19 Euro. Auch bundesweit steigen die DB-Fahrpreise. So werden Einzelfahrscheine und Zeitkarten in der 2. Klasse im Schnitt um

2,9 Prozent teurer, teilte der DB-Konzern Ende September in Berlin mit. Als Gründe wurden zusätzliche Kosten durch die hohen Energiepreise genannt. Die Bahncard-Preise steigen durchschnittlich um 3,8 Prozent. So kostet eine Bahncard 25 in der 2. Klasse dann 55 statt 53 Euro. Auch Reservierungen werden deutlich mehr kosten - im Inter-

net oder am Automaten statt 1,50 Euro künftig zwei Euro, am Schalter statt 3,50 Euro dann vier Euro. Zur Datenschutz-Demo "Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!" (Sa. 22.09.2007 in Berlin) fuhr das @lptrraum-Team mit 5 Personen noch auf einem "Schönes-Wochenende-Ticket" für nur 33 Euro...
Infos: www.bahn.de (ErSt)

250-Millionen-Euro-@lptrraum: Kauft üstra 150 neue Stadtbahnen ?

Die üstra muss noch 2007 über den Kauf von rund 150 neuen Stadtbahnen entscheiden und denkt laut NP-Infos über den baldigen Ersatz ihrer grünen Stadtbahnflotte nach. Die Anschaffung von rund 150 neuen Triebwagen mit einer Investitionssumme in der Größenordnung von rund 250 Millionen Euro steht an. "Die Planungen sind noch nicht abgeschlossen, wir werden im Oktober den Aufsichtsrat informieren", bestätigte üstra-Sprecherin Katja Raddatz Überlegungen des Vorstands. Hintergrund: Die vertrauten grünen Stadtbahnen kommen in die Jahre und haben wahrscheinlich bald ausgedient. Die ersten von 146 noch im Einsatz befindlichen TW 6000 erreichen 2010 ein Alter von 30 Jahren. Das ist der späteste Zeitpunkt, zu dem eine teure Hauptuntersuchung fällig wird. Auf 15 Millionen Euro hatte der üstra-Stadtbahnexperte Gunnar Straßburger 2005 die Kosten des Rundum-TÜVs für



Archivfoto TW6000

die derzeit 144 Silberpfeile des Unternehmens beziffert. Im Alter von 30 Jahren (bei hoher Laufleistung auch früher) "verzichtet man auf die Ausgaben und verkauft sie", so Straßburger damals. Der Austausch der TW 6000 gegen modernere Nachfolger der jüngsten Generation würde nicht auf einen Schlag, sondern Zug um Zug im Lauf von zehn Jahren geschehen. Die Entscheidung aber muss demnächst fallen, weil die

Hersteller ab Bestellung mehrere Jahre Vorlauf brauchen. Unklar ist offenbar auch, ob sich die üstra wieder für die exklusiven, aber auch teuren Silberpfeile (TW 2000) aus der Designer-Schmiede von Jasper Morrison (Hersteller: Siemens und Alstom) erwärmen. Es könnten auch ähnliche, aber preiswertere Modelle "von der Stange" sein, heißt es. Beim neuen Stadtbus (Solaris Urbino 12) war schließlich ebenso verfahren worden. Die Busflotte der üstra wurde in den Jahren 2006 und 2007 mit insgesamt 21 neuen Fahrzeugen vom Typ Urbino 12 des polnischen Herstellers Solaris verjüngt. Pro Silberpfeil musste die üstra einst im Durchschnitt 1,7 Millionen Euro zahlen. Auch die Zuschussfrage muss neu geklärt werden. Katja Raddatz mutmaßt: "Wahrscheinlich gibt es weniger als bei der Anschaffung der Silberpfeile anlässlich der Expo 2000." (Quelle: ePaper NP Nr. 190)
Infos: www.uestra.de (ErSt)

Sozialticket für Bus und Bahn geplant

In der HAZ vom 04.10.2007 sind weitere Details zu einem Sozialticket veröffentlicht. Die damalige Kostenrechnung der Verwaltung, ausgehend von 100.000 Nutzern und von Kosten ca. 4,7 Millionen Euro ist als Hinderungsgrund für ein Sozialticket aufgegeben,

nunmehr wird mit nur noch 10.000 Nutzern gerechnet. Es entstünde somit eine geringere Belastung der Regionalkasse. Einzelfahrscheine zu 1,10 Euro, Monatsfahrscheine, zu 20-33 Euro. Die Preisgröße zu Monatskarten ist noch "diffus". Zum Nachweis der Bedürftigkeit

ist die Vorlage eines Bescheides der GEZ zur Gebührenbefreiung genannt worden. Warum der Weg über die GEZ-Befreiung gewählt wurde? Sehen wir es positiv, obwohl ein Verdacht der bewussten Verkomplizierung des Verfahrens besteht. Siehe AbGEZockt Seite 2 (HaDe)

Meldet Vorkommnisse mit Ämtern - wir veröffentlichen !

Beim nächsten Amts-Besuch, zum JobCenter, zum Sozialamt oder zum Wohnungsamt, empfiehlt das ArbeitsLosenPresse-Traumteam, einfach Papier und Stift, auch einen Freund oder eine Freundin mitzunehmen, das Erlebte aufzuzeichnen, zu skizzieren. Es werden zu diesen Themen weiterhin kreativ-zornige AutorInnen bzw. Material-

SammlerInnen gesucht !
Greift zu eurer spitzen Feder !
Falls Ihr euch selbst als nicht so begabt einstuft, so liefert uns doch bitte gut fundierten Geschichtsstoff, der **den Wahnsinn der neoliberalen Politik** anhand sich tatsächlich zugetragenen Begebenheiten **aufzeigen und entlarven** kann. Wichtig ist, dass wir den Lügen und

der gezielten Desinformation entgegnetreten. Jeden 3. Dienstag im Monat 18.03-19.00 Uhr stellen wir als Redaktion "Politbüro" Öffentlichkeit auch im Bürgerfunk her. (Alp)
alptraum@radioflora.de



radio flora ((-
Hannovers Lokalradio

UKW 106,5 | Kabel 102,15 MHz

Montagsdemo Hannover, die ersten Strafbefehle sind raus Strafbefehle und Anzeigen gegen Verteidigung der freien Meinungsäußerung

Einspruch, Herr Staatsanwalt !



@lptraum hatte mehrfach berichtet, dass es im Frühjahr diesen Jahres zu einer rüden Polizeiattacke gegen die hannoversche Montagsdemo gekommen war. Eine umstrittene Auflage der Polizei behindert seither die Veranstaltung "offenes Mikrofon", da die Verwendung elektroakustischer Hilfsmittel nach Verwaltungsmeinung erst ab 50 Teilnehmern möglich/gestattet sei.

Am 05. Febr. 2007 kam es zu vier Festnahmen, als die Polizei versuchte, den Verstärker gewaltsam zu beschlagnahmen, obwohl an diesem Tage offensichtlich weit mehr als 50 Menschen anwesend waren, die der montäglichen Kundgebung folgten. Ein teilnehmender Pressefotograf bekam eine Anzeige, mündend in einen Strafbefehl über 1200 € wegen angeblicher Beamtenbeleidigung. Strafbefehle über je rund 900 € sind den bei der Demo festgenommenen Lutz B. und Jörn K. vom Amtsgericht zugestellt, wegen angeblicher Gewalttätigkeiten und Misshandlungen gegen Polizeibeamte. Die Staatsanwaltschaft ist mit ihrer Anklage offensichtlich ein wenig zurückgerudert. Anfänglich enthielten die Polizeiprotokolle auch

noch Anschuldigungen wegen Landfriedensbruch gegen drei der Montagsdemo-Teilnehmer.

Die Betroffenen legen selbstverständlich gegen die Strafbefehle Einspruch ein, fordern eine öffentliche, gerichtliche Klärung. Es sei dringend geboten, die Vorgehensweise der Polizei in einer Gerichtsverhandlung zu beleuchten, so die Aussage der Betroffenen. Zeugen, die den rüden Polizeieinsatz des Einsatzleiters Friedrichs beobachtet haben fordern auch, dass lückenlos aufgeklärt werden muss. Das Polizeivideo, gedreht von Polizeibeamten aus dem Cafe in der Bücherei Weiland, muss dringend als Beweis für Anzahl und auch für das Verhalten der Demonstranten hinzugezogen werden. Ebenso kann es Klärung über den Einsatz und die Form des Einschreitens der Polizeikräfte verschaffen.

Der Prozess gegen Kurt Kleffel, dem Anmelder der Montagsdemo, Strafbefehl 400 € wegen Missachtung der auch heute noch umstrittenen polizeilichen Auflage, wurde unter reger öffentlicher Beteiligung eingestellt. Weder dem Gericht (Richterin Antje Busch) noch der Staatsanwaltschaft war es beim Prozess am 11.06.07 möglich, die gesetzliche Grundlage zu dem Verwaltungsbeschluss bezüglich mindestens 50 Anwesende zu einer Mikrofoneinsatz-Genehmigung oder einem Verbot anzuführen. Ein Verfahren beim Verwaltungsgericht dazu ist noch anhängig.

Obwohl die gesetzliche Grundlage für den Strafbefehl zum Mikrofoneinsatz fehlte, das Verfahren gegen den durch die Verwaltungseinschränkung, der Verstoß gegen den §15 des Versammlungsgesetz zu einer Einstellung des Verfahrens führte, wurden zwei der

Montagsdemonstranten vom 05.02.2007 mit Strafbefehlen bedroht. Es ist damit zu rechnen, dass auch noch die zwei weiteren von der Polizei kasierten Personen ähnliche Strafbefehle vom Amtsgericht erhalten werden.

Der Vorwurf der Staatsanwaltschaft lautet einheitlich: Widerstand gegen Vollzugsbeamte. Weiterhin wird auch behauptet, dass Polizeibeamte verletzt worden seien. Die von den Einsatzbeamten Beschuldigten sind empört. Gewalt und Körperverletzung ging ausschließlich von der Polizei aus, man hätte sich lediglich passiv verhalten, so die einheitliche Wahrnehmung, die auch von Passanten und Mitdemonstranten bezeugt wird.

Auch wenn dies einigen Herrschaften unbequem erscheint, ein offenes Mikro, öffentlich und elektrisch verstärkt und laut hörbar ist unverzichtbar, denn:

- Es darf nicht gelingen, den sozialen Protest mundtot zu machen.
- Das Recht auf freie Meinungsäußerung und die öffentliche Debatte über den Sozialabbau muss erhalten bleiben.
- Hannover darf nicht zum bundesweiten "Maulkorb - Präzedenzfall" werden. (Alp)

Darum wird abermals um solidarische Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit bei den kommenden Prozessen gebeten.

Nicht zuletzt wird auch eine finanzielle Unterstützung benötigt. Es wird gebeten, mit dem einen oder anderen Euro die Kosten für Prozesse und Anwaltskosten mit aufzubringen

Solikonto: Wiebke Koepsell,
Kto-Nr. 185 164 503
Postbank BLZ 370 100 50

Verwaltungshandeln ohne gesetzliche Grundlage ist Unrechthandeln !

Neue üstra-Ticketautomaten: 8,2 Millionen € für "Tix & Müx"

Wunder gibt es immer wieder: Nach dem "Blauen Wunder" der RegioBus "Neue Haltestellenschilder für 2,3 Mio. € in der Region Hannover" (siehe @lptraum 11/2005 + 08/2007) nun ein "Wunder der Technik" für 8,2 Mio. € bei Tix & Müx-Säulen der üstra?

Bei der üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe AG heißt es über Fahrkartenautomaten: "Sie gehören zu den wichtigsten Botschaftern eines Verkehrsunternehmens." Die Höft & Wessel AG in Hannover erhielt von der üstra den Auftrag, für 8,2 Millionen € rund 340 neue Ticketautomaten zu liefern und zu installieren. Dies ist das Ergebnis eines europaweiten Teilnehmerwettbewerbs. Die üstra hatte nach ihrer Entscheidung, die rund zehn Jahre alten Tix & Müx-Automaten an ihren 195 Stadtbahnhaltestellen zu ersetzen, zunächst umfangreiche Marktforschung betrieben und die Anforderungen ihrer Kunden an die Fahrkartenautomaten untersucht. Die Ergebnisse mündeten in ein umfangreiches Lastenheft als Grundlage der nun abgeschlossenen Ausschreibung. Basis des neuen IT-Automaten ist ein Serienprodukt, das für die üstra hinsichtlich der Bedienungsfreundlichkeit und der Sicherheit optimiert wird. Die neue Generation der Fahrkartenautomaten wird wieder der hannoversche Anbieter Höft & Wessel liefern. Deren stellvertretender Vorsitzender Peter Claussen und üstra-Vorstandschef



"Sorgenkinder Tix & Müx"

André Neiß unterzeichneten bereits Anfang August 2007 den Auftrag. 340 Stück sind geordert, Auftragswert: 8,2 Millionen €. Im Frühjahr 2008 sollen die ersten installiert werden. Höft & Wessel hatte im Jahr 2006 auch die gesamte üstra-Busflotte mit Bordrechnern ausgestattet.

Der Tix & Müx-Nachfolger soll vor allem kundenfreundlicher und einbruchsicherer sein - und wird daher auf bewährten Geräten aufbauen. Genau daran krankte die eigens für die üstra und nach deren Vorgaben exklusiv entwickelte Vorgängergeneration: Jahrelang waren dieser nur mit der Geldkartenfunktion des Chips auf der EC-Karte Tickets zu entlocken, dann wurde auf Bargeld erweitert - doch musste zunächst passend gezahlt werden, weil die Geräte kein Wechselgeld

ausspuckten. Und ständig wurden die Geräte an den 195 Stadtbahnhaltestellen geknackt (Profis schaffen das binnen 20 Sekunden) oder demoliert. Laut üstra-Sprecherin Katja Raddatz gibt es jährlich rund 100 Bruch- und Vandalismusfälle, so dass immer "mehrere Tausend €" Reparaturaufwand entstanden - abgesehen von den Umsatzeinbußen und dem Ärger für Fahrgäste (siehe @lptraum 11/2006). Bei den neuen Tix & Müx-Ticketautomaten sei es "fast unmöglich, sie aufzubrechen".

Die neuen Automaten sollen alle Arten von üstra-Fahrkarten (@lptraum verweist hier auf das seit langem geforderte SozialTicket) anbieten, also auch Monatskarten und Schülertickets. Zudem schlucken sie nicht nur Münzen, sondern auch Banknoten - und akzeptieren künftig die EC-Karte in Verbindung mit der Geheimzahl (PIN). Bedient wird das Gerät über einen berührungsempfindlichen Bildschirm (TouchScreen) - Tasten gibt es keine. Noch gibt es die Geräte allerdings nur auf dem Papier: Höft & Wessel wird zunächst bis Ende des Jahres zwei Prototypen liefern, die von der üstra in der Werkstatt und im Kundeneinsatz getestet werden. Änderungswünsche, die sich daraus ergeben, werden bei der Serienproduktion berücksichtigt. Die ersten zehn bis 20 Automaten werden dann im Frühjahr 2008 einem Praxistest unterzogen. Bis zum Sommer 2009 sollen alle neuen Ticketautomaten installiert sein. (ErSt)

Inflation senkt Hartz-IV-Kaufkraft im Durchschnitt um fast 5 Prozent

So teuer wurde unser Leben

Dt. Markenbutter	+36,6%
Zwiebeln	+22,9%
Weizenmehl	+13,7%
frische Vollmilch	+11,5%
Wirsingkohl	+8,5%
Birnen	+7,6%
Bananen	+5,8%
Brötchen	+5,2%
Rindfleisch	+2,7%
Instant-Kaffee	+2,6%

Durch die Inflation haben Hartz-IV-Empfänger laut einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in den vergangenen Monaten deutlich an Kaufkraft verloren.

Seit der Berechnung des Regelsatzes von 347 Euro hätten die Bezieher rund 16 Euro an Kaufkraft eingebüßt, heißt es nach Angaben der "Welt am Sonntag" in einer Studie des Verbandes.

Hartz-IV-Empfänger könnten also inzwischen 4,6 Prozent weniger Waren und Dienstleistungen kaufen als im Januar 2004, als der Satz offiziell berechnet wurde.

"Für jemanden, der ohnehin knapp bei Kasse ist, ist das besonders schmerzhaft",

sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Ulrich Schneider.

"Ein reicherer Haushalt würde einfach nur weniger sparen. Wer aber nichts habe, den treffe der Kaufkraftverlust hart".

Schneider forderte deshalb den Angaben zufolge in einem Brief an Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD), den Regelsatz auf 364 Euro anzuheben.

"Künftig sollte Hartz IV dann an die Teuerung gekoppelt werden statt an die Renten.

Sonst werden die Betroffenen unter die Armutsgrenze gedrückt."

Alp-Redaktion: **Hartz ist staatlich verordnete Verarmung, Lohndumping. Darum weg mit Hartz IV !**

Kaufkraftverlust auch durch falsche Leistungsbescheide - Widerspruch einlegen.

@lptrraum-Buchtipps im Oktober: "ANKLAGE UNERWÜNSCHT!"**Korruption und Willkür in der deutschen Justiz**

Jürgen Roth
Rainer Nübel
Rainer Fromm

Vor dem Gesetz sind alle gleich - manche aber sind gleicher! - Wegschauen, Begünstigen, Vertuschen: Die Autoren enthüllen Skandale in der deutschen Strafverfolgung und zeigen, wie die dritte Gewalt den Rechtsstaat aushöhlt.

Tatort Deutschland:

Marie war als Kind und Jugendliche 15 Jahre lang Opfer brutalster pornografischer Gewalt. Obwohl sie Täternamen und Tatorte nennen kann, verweigert die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen. Will man keinen Fall Dutroux in Deutschland? Oder liegt es daran, dass unter den mutmaßlichen Tätern auch hochrangige Juristen sind?

In Hessen ist eine der obersten Richterinnen mit ihrem Ehemann, einem Rechtsanwalt, in eine gigantische Vermögensverschiebung involviert. Warum sich die Justiz mit allen Mitteln gegen Ermittlungen sträubt, weiß nur die hessische Landesregierung. Geldwäsche in Casinos: Seit Jahren laufen Hinweise bei verschiedenen deutschen Staatsanwaltschaften ins Leere. Stattdessen werden Wirtschaftskriminelle,

Waffenhändler und Mafiabosse von den staatlichen Spielbanken hofiert und bevorzugt behandelt. Die Justiz schaut weg und der Staat profitiert.

Anhand skandalöser Fälle aus ganz Deutschland enthüllen die Autoren exemplarisch, wie der Rechtsstaat gefährdet wird, weil die dritte Gewalt nicht mehr funktioniert. Seilschaften mit Politikern und Wirtschaftsbossen machen es Staatsanwälten einfach, wegzuschauen, wenn sie nicht gar selbst verstrickt sind.

Die Autoren *Roth & Nübel & Fromm* zeigen, wie couragierte Bürger sich dagegen wehren und was geschehen muss, damit die Demokratie nicht noch weiter gefährdet wird.

Eichborn Verlag 2007 - TOP*10 - Das Leben ist zu kurz für langweilige Bücher! ISBN 382185667X, 304 Seiten, 19,95 €
Infos: www.eichborn.de

Siehe auch

@lptrraum-Buchtipps vor einem Jahr im Oktober 2006: "Der Deutschland Clan"
Das skrupellose Netzwerk aus Politikern, Top-Managern und Justiz (Erst) Infos: www.juergen-roth.com

@lptrraum- Geschichts-Tipp: Nürnberger Pharma Prozesse "Profit Over Live" - Chemie-Kartelle: gestern wie heute

Reichstagsbrand und Machtergreifung waren eine Auftragsarbeit des Chemiekartells der Firmen Bayer, BASF und Hoechst (IG Farben).

So unter: <http://www.profit-over-live.org> dokumentiert, nachzulesen. Zeitgleich zum Datum des Reichstagsbrandes 27. Februar 1933 wurde auf das Konto "Nationale Treuhand" der NSDAP von der IG Farbenindustrie AG 400.000 Mark überwiesen, eine Summe, die nach heutiger Wertberechnung mehrere Millionen an Kaufkraft entsprach. 60 Jahre nach den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen sind die Akten zu den Pharma-Prozessen öffentlich zugänglich. Daraus ergeben sich für die breite Öffentlichkeit Erkenntnisse, inwieweit den Chemiekonzernen damals (wie auch heute) skrupellos agierten, dass ihnen stets "Profite über Menschenleben" stehen. **Die von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble vorgeschlagenen**

Maßnahmen der Telefon- und Email-Überwachung, das Ausspionieren von privaten Computern bis hin zu "Schutzhaft" und "vorbeugendem Todesschuss" bedeuten nicht nur eine Einschränkung des Grundgesetzes, sondern zielen darauf ab, unsere Demokratie in eine Diktatur umzuverwandeln. All das geschieht unter dem Vorwand der angeblichen "Terrorismusbekämpfung". Einsatz der Bundeswehr im Inneren nutzt nicht bei der "Terrorismusbekämpfung", schafft jedoch die Grundlage zu staatlichen Terrorinheiten, Erinnerungen an die "Ermächtigungsgesetze" von 1933 werden wach. **Warum tut Herr Schäuble das? Ist er Lobbyist der Pharma-Kartelle? Soll durch Zensur des freien Informationszuges per Internet Geschichtsaufarbeitung, z.B. Erkenntnis der Rolle der Chemie-Kartelle verhindert werden?**

"Schutzhaft" wegen zu großen Wissens, wir berichteten in Ausgabe 9/2007 über die Verhaftung des Berliner Stadtentwicklungs-Forscher Andrej H., in Zukunft durch die von Schäuble angestrebten Grundgesetzänderung (Ermächtigungsgesetze) in Deutschland wieder salonfähig? **Wehret den Anfängen, leistet Widerstand gegen eine systematische Aushöhlung der Bürgerrechte!** Die so genannte "Gesundheitsreform" zeigt deutlich, dass nicht Volkswille und Transparenz der absahnenden Pharma-Kartelle gegeben ist. Geld regiert die Welt, Chemiekonzerne machen eher krank, "helfen" Krankheiten zu erzeugen. Das Mittel gegen HIV, Abkürzung AZT, wird von Insidern auch mit "AbZumTeufel" übersetzt. Es gibt Informationen, wonach die Weltbevölkerung systematisch von ca. 6 Milliarden auf 600 Millionen reduziert werden soll. Info: www.chemtrails.de (Alp)

Unterstützt unsere ehrenamtliche Arbeit. Spendenkonto:

H.-D. Grube, Kto. Nr. 249 437 818 4 BLZ 201 100 22 Postbank Hamburg

Hinweis: Bei diesem Konto handelt es sich um ein der Redaktion Alptrraum zur Verfügung gestelltes Sparsbuch.

Wir erhalten bei Zahlungseingang keine Information, wer überwiesen hat. Spendenquittungen sind nicht möglich.

Bei Spendenzahlung, z.B. für Porto, Zusendung von Papieraussagen Alptrraum, bitte per Email Hinweis geben Danke.



400.000 Akten des Nürnberger Tribunals zum Chemie-Kartell www.profit-over-live.org

Noch'n @lptraum-Lesetipp im Oktober: "Der kleine Berufsberater"

Gedichte von Thomas Gsella.
-Mit Illustrationen von Greser & Lenz.

Der Zahnarzt

**Der Zahnarzt ist nicht arm wie du.
Er ist ein reicher Räuber.
Drum wählt er gern die CDU
und wo es geht den Stoiber.**

**Er ähnelt nicht dem zarten Reh,
Er ähnelt der Hyäne.
Mit Freuden tut er Kindern weh
und zieht gesunde Zähne.**

**Er bohrt hinein mit solcher Wut,
da bleibt uns nur das Beten.
Der Zahnarzt ist ein Tunichtgut
mit viel zuviel Moneten.**

© Thomas Gsella, geb. 1958,
Joachim-Ringelnatz-Nachwuchspreis
für Lyrik 2004, seit 2005 Chefredakteur



der Satirezeitschrift Titanic.
Eichborn Verlag 2007
- NEU! TOP*10 - Das Leben ist zu kurz
für langweilige Bücher! ISBN
3821860170, 96 Seiten, 9,95 €uro -
Infos: www.eichborn.de oder
www.titanic-magazin.de

Thomas Gsellas kleiner Berufsberater:
meisterhafte Porträts der populärsten
Berufe - vom Bauern bis zum Zugchef
und vom Bankräuber bis zur Hausfrau.
Klischeehaft, beleidigend, gar diffamie-
rend oder doch die nackte Wahrheit?
**"Der Zahnarzt ist nicht arm wie du. Er
ist ein reicher Räuber.**

**Drum wählt er gern die CDU und wo er
kann den Stoiber."** (ErSt)

Presselob:

"Thomas Gsella beherrscht die
Freibeuterkunst der literarischen
Parodie." (FAZ), "Er verfügt über eine
gänzlich ureigene Ton- und Themen-
palette." (HAZ), "Herrlich!" (Bild).

@lptraum: Mit Hartz IV in die Armut - DGB schlägt Alarm !

Immer mehr ältere Arbeitslose sind
auf ALG II angewiesen: 7,7 Prozent der
50- bis 65-Jährigen leben von Hartz IV
Tendenz steigend. Der Deutsche
Gewerkschaftsbund (DGB) warnt vor
zunehmenden Armutsrisiken bei älteren
Arbeitslosen: **"Die Zahl der 50- bis 65-
Jährigen, die auf Hartz IV angewiesen
sind, steigt kontinuierlich"**, erklärte
Wilhelm Adamy, Leiter der Abteilung
Arbeitsmarktpolitik beim DGB-
Bundesvorstand Berlin, Anfang August
2007 gegenüber der Presse.

Im Frühjahr waren 7,7 Prozent der in
Deutschland lebenden 50- bis 65-
Jährigen auf die Fürsorgeleistung Hartz
IV angewiesen. Beim Start des Arbeits-
losengeldes II im Januar 2005 lag der
Anteil nur bei 6,3 Prozent, so eine DGB-
Analyse. **"Gesetzliche Kurs-
korrekturen sind dringend
erforderlich, wenn das
Verarmungsrisiko vormals
Erwerbstätiger am Ende ihres
Berufslebens nicht noch steigen**

soll", warnte Adamy.

Die Kürzung der Bezugsdauer des Ar-
beitslosengeldes führe dazu, dass im-
mer mehr Ältere in Hartz IV rutschen -
von den arbeitslosen Männern zwischen
45 und 55 Jahren seien bereits 73,9
Prozent im Osten und 68,1 Prozent im
Westen auf Arbeitslosengeld II
angewiesen.

Zahlen, die der DGB Niedersachsen
auch für noch ältere Arbeitslose
bestätigt. Arbeitsmarktexperte Ulrich
Gramsee hat die Zahlen vom Juli 2005
mit denen vom Juli 2007 verglichen:
Demnach stieg die Zahl der erwerbs-
fähigen Hartz-IV-Empfänger, die älter als
55 waren, von 44 391 auf heute 53 625.
Und dies, obwohl es zuletzt auf dem
Arbeitsmarkt eine leichte Entspannung
gab.

Der DGB fordert Gegenmaßnahmen.
So müsse die Bezugsdauer des
Arbeitslosengeldes I deutlich verlängert
werden. Bei 45- bis 50-Jährigen müsse
die Bezugsdauer um drei Monate, für

Ältere um sechs Monate auf maximal 24
Monate ausgeweitet werden.

**Geld sei dafür genug da: "Die
Ausgaben der Bundesagentur sind
bis Juli um 4,1 Milliarden oder 27
Prozent niedriger als im Vorjahr
gewesen. Ein Teil des Überschusses
sollte für die Älteren genutzt werden",
so Adamy.** Fast zwei Drittel aller Arbeits-
losen zwischen 45 und 55 Jahren (63,7
Prozent) sind laut DGB-Analyse bereits
auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Bei
den Arbeitslosen ab 55 Jahren liege der
Anteil bei gut der Hälfte (50,5 Prozent).
Nur eine Minderheit der älteren Arbeits-
losen erhält nach den DGB-Zahlen noch
Arbeitslosengeld I. In den neuen Län-
dern erhielten nur 15,9 Prozent der
Arbeitslosen im Alter von 45 bis 55
Jahren noch Arbeitslosengeld I und 21,9
Prozent der Arbeitslosen ab 55 Jahren.
Im Westen lagen die Vergleichszahlen
bei 24,1 Prozent und 26,3 Prozent für die
ab 55-Jährigen. (ErSt)

Infos unter: www.dgb.de

@lptraum: Ein-Euro-Jobs zerstören Handwerks-Existenzen !

**Früher griffen Handwerksmeister zu vollen Auftragsbüchern,
heute zu leeren Pfandflaschen in öffentlichen Papierkörben...**

Elektromeister trifft Malermeister Nähe Schiller-Denkmal in Hannovers Shopping-Flaniermeile Georgstraße. (Alp)

Chemtrails oder Kondensstreifen - Verbrechen über unseren Köpfen ?

